

N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses gemeinsam mit dem
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung am
19.02.2025**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 21:16 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der gemeinsamen Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung und Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, begrüßen die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste zur Sitzung. Sie stellen die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit im Haupt- und Personalausschuss mit 9 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern sowie im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung mit 8 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest. Der gemeinsame Teil – TOP 1 bis 8 – wird von Herrn L. Nothdurft geleitet.

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung informiert, dass in der letzten Stadtratssitzung vom 12.02.2025 die Beschlüsse der Neubesetzung der Ausschüsse und ihrer Vorsitzenden nicht beschlossen wurden, weshalb die Ausschussbesetzung im heutigen Ausschuss unverändert bleibt.

Herr Fricke, Fraktion SPD, beantragt in Form eines Geschäftsordnungsantrages das uneingeschränkte Rederecht für Herrn J. U. Weber, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft, im Haupt- und Personalausschuss.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, stellt den gleichen Geschäftsordnungsantrag für den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung.

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung und Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses stellen die Anträge für die beiden Ausschüsse zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss:	07:00:02
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung:	06:00:02

Der Antrag wird von beiden Ausschüssen befürwortet. **Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft**, erhält sowohl für den **Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung**, als auch für den **Haupt- und Personalausschuss** das Rederecht.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss:	09:00:00
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung:	08:00:00

3 Genehmigung der Niederschrift vom 08.01.2025

Es gibt keine Ergänzungen und/oder Änderungshinweise.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss:	09:00:00
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung:	07:01:00

4 Einwohnerfragestunde

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, gibt bekannt, dass schriftliche Anfragen eingereicht wurden.

Das Elternkuratorium des Hortes „Zauberburg“ stellt folgende Fragen für den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung:

1. Frage

„Wie stellen Sie sich die Angebote der Kinder und Jugendarbeit im Sozialraum III vor, wenn die jetzigen Angebote im Hort „Zauberburg“ und in der Freizeiteinrichtung „Baustein“ durch einen eventuellen Umzug in die Kindertageseinrichtung „Spielhaus“ massiv eingeschränkt werden?“

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, erklärt, dass die Verwaltung aktuell eine Beschlussvorlage für die Sitzung des Stadtrates erstellt. Weiterhin sichert sie eine ausführliche, schriftliche Beantwortung zu.

Herr George, Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen, erklärt, dass diese Thematik auch am 11.03.2025 im Jugendhilfeausschuss beraten wird und lädt das Elternkuratorium herzlich dazu ein.

2. Frage

„Den Eltern ist es wichtig, dass die jetzigen Angebote im Hort unverändert weitergeführt werden. Sie wären dazu bereit, mit den Fördergeldern auch nur den Hort zu sanieren. Ist das eine Alternative? Den Baustein versuchen sie über Spendengelder mit zu finanzieren.“

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, schlägt vor, dass diese Anfragen in den Fachausschüssen beraten werden sollten.

3. Frage

„Sieht die Verwaltung einen Umzug in das Spielhaus als langfristige Alternative an?“

Frau Bürgermeisterin Lohde schlägt weiterhin vor, diese Anfrage im morgigen Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität zu beraten.

Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf, Fraktion der CDU, tritt der Sitzung nach diesem Tagesordnungspunkt bei. **Für den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung** ergibt sich eine Beschlussfähigkeit mit 9 anwesenden Ausschussmitgliedern und für den **Haupt- und Personalausschuss** mit 10 anwesenden Ausschussmitgliedern.

5 Beschlussfassungen

5.1 Haushaltssatzung 2025, Haushaltsplan 2025, Stellenplan 2025 Vorlage: BV/421/2024/II-20

Es besteht die Einigkeit, dass die Tagesordnungspunkte 5.1 bis 5.4 gemeinsam beraten werden.

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, führt in die Thematik ein. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 – „Einführung des Haushaltes 2025“ beigelegt.

Folgende Wortmeldungen werden hervorgebracht:

Herr Adamek, Fraktion CDU, hinterfragt, ob er es richtig verstanden hat, dass ein „Eigenbetrieb Bau“ entwickelt werden soll.

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass im Rahmen der Aufgabenkritik der externe Dienstleister prüfen soll, ob das zentrale Gebäudemanagement in seiner

Aufgabenwarnung anders abgebildet werden kann. Die Stadt stellt fest, dass die Bauprozesse manchmal etwas länger dauern. Durch eine andere, organisatorische Aufhängung könnte mehr Geschwindigkeit reingebracht werden. Die Stadt Magdeburg hat z. B. einen Eigenbetrieb Bau.

Herr Stadtrat Adamek hinterfragt des Weiteren die Positionen „22“ und „30“ der Präsentation. Bei den beiden Positionen steht ein Minus vor der Summe und er möchte erfahren, ob eine Verschiebung der Summe von 2026 in 2027 geplant ist.

Herr Beigeordneter Ulbrich erläutert, dass sich dort der Fehlerteufel eingeschlichen hat. Der Fehler wird zeitnah ausgebessert.

Herr George, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt bzgl. der Gebührenerhöhung der Kita-Beiträge: „Gibt es da eine prozentuale Regelung, was erreicht werden soll?“ Des Weiteren möchte er erfahren, ob es noch weitere Gebührenerhöhungen, z. B. Parkgebühren, geben wird, oder andere Entgelte angefasst werden.

Herr Beigeordneter Ulbrich informiert, dass die Elternbeiträge sukzessive erhöht werden. Dies ist ein fortlaufender Prozess und im Rahmen der Haushaltskonsolidierung (*folglich HHK) kann man untersuchen, ob auch weitere Gebühren erhöht werden können.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft, bittet, dass die Verwaltung sich zur Entschlammung des Teiches der Ortschaft Mosigkau eindeutig äußert. Das ist eine Maßnahme aus den Hochwasserereignissen der Jahre 2011 sowie 2016. Ferner fragt er an, was der Umzug des Museums bzw. die Zusammenlegung der Museen kosten würde.

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass die Stadtverwaltung prüft, welches Volumen für so eine Umschichtung/Umnutzung einzuplanen ist und wie viel Kosten gespart werden können.

Herr Stadtrat J. U. Weber möchte wissen, wann der bestehende Haushaltsplan dargelegt wird. Der Haushaltsplan in seiner ersten Fassung vom 08.01.2025 existiert in der Form nicht mehr. Der Vortrag von Herrn Beigeordneten Ulbrich beinhaltete nur Vorschläge zur HHK. Er hinterfragt in Hinblick auf die Hilfe des externen Dienstleisters, ob man diesen wirklich benötigt. Der entsprechende Fachbereich kann eine Überprüfung der Personalkürzung vornehmen.

Herr Beigeordneter Ulbrich erwidert, dass selbstverständlich ein gemeinsamer Austausch mit den Fachbereichen stattgefunden hat. Mit dem externen Dienstleister bringt die Stadt eine gewisse Unabhängigkeit und vor allem Geschwindigkeit in diesen Prozess hinein. Er erklärt, dass die Änderungen zur 1. Fassung des Haushaltsplanes und des jetzigen in der Anlage einsehbar sind.

Herr Mrosek, Fraktion Alternative für Deutschland, knüpft an Herrn Stadtrat Georges Frage bzgl. der Elterngeldbeiträge an: „Wie hoch werden die Familien pro Kind prozentual belastet? Wie hoch soll der Beitrag pro Familie/ Kind im Jahr steigen?“

Herr Beigeordneter Ulbrich entgegnet, dass diese Diskussion im Fachausschuss aufgegriffen werden sollte.

Herr Ratzmann, Fraktion Alternative für Deutschland, möchte erfahren, ob die Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt ausschließen kann, dass die Erhöhung der Hebesätze für die HHK erneut angehoben werden.

Herr Beigeordneter Ulbrich informiert, dass dies im Moment nicht aufgegriffen wird.

Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, hinterfragt, ob die Einbindung eines externen Dienstleisters eher ein Ressourcen- oder ein Expertisenthema ist. Bei einigen Maßnahmen ist ihm aufgefallen, dass die Wirksamkeit in den Produktbeschreibungen erst ab 2027 oder später abgebildet ist. Aber was das Liegenschaftsmanagement betrifft, wie smarte Thermostate, stellt er die Frage, ob man das nicht sukzessive in Gebäuden schon anfangen kann in diesem Jahr.

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt, dass es vor allem ein Ressourcenthema ist. Er informiert des Weiteren, dass das Ziel ist, mit einzelnen Maßnahmen bereits dieses Jahr zu beginnen.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, fragt bzgl. der gesunden Ernährung: „Wenn die Stadt 200.000 Euro einspart, was bleibt davon dann noch übrig?“

Herr Beigeordneter Ulbrich erwidert, dass er mit dem Fachbereich ins Gespräch gegangen ist und dieser hat vorgeschlagen, dass die Stadt die gesunde Ernährung auch anders ausgestalten kann, auf einem ähnlichen Niveau und über eine Entgeltvereinbarung anders abbildet.

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, erklärt, dass im Ergebnis der hier vorgestellten Konsolidierung die Jahresfehlbeträge sinken sollen. Er fragt, ob Herr Beigeordneter Ulbrich darstellen kann, wie sich das tatsächlich auf den Gesamtschuldenstand der Stadt auswirken wird. Herr Beigeordneter Ulbrich hat erwähnt, dass beabsichtigt ist, einige Gebäude leer zu ziehen/zu verkaufen. Damit wären Einnahmen verbunden – Wie würde sich das auf den Schuldenstand auswirken? Und wie beziffern die Stadt das Kapitaldienstrisiko?

Während des Tagesordnungspunktes verlässt Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, die Sitzung. Herr Stittrich, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, übernimmt die Vertretung. Somit bleibt die Beschlussfähigkeit bei den beiden Ausschüssen bestehen.

Herr Beigeordneter Ulbrich erwidert, dass die Stadt dazu nur in Teilen ausführen kann, weil kein Verkehrswertgutachten erstellt wurde, um genau den Marktwert zu erörtern. Aktuell kann die Stadt keine abschließende Beurteilung finden, wie sich das final auf den Schuldenstand auswirkt.

Frau Müller, Fraktion CDU, fragt – im Zusammenhang mit dem Technischen Rathaus in Roßlau - wie es weitergeht mit den sich dort befindenden Arbeitsplätzen. Sie erklärt, dass man nicht alle 220 Arbeitsplätze über gemeinschaftliche Nutzung arbeiten lassen kann. Sie interessiert des Weiteren die weitere Nutzung der Gebäude, wenn diese leer gezogen wären.

Frau Bürgermeisterin Lohde schlägt vor, den Vorschlag von Herrn H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, aufzunehmen. Die Stadtverwaltung wird diesen Änderungsantrag bzw. den Aufhebungsbeschluss einbringen, und dann kann die Vertretung selbst entscheiden, ob der Beschluss wieder aufgehoben wird. Die Folge ist dann, dass die Verwaltung im Technischen Rathaus verbleibt.

Herr Stadtrat Mrosek fragt, ob es für die Verschiebung der Entschlammung des Teiches der Ortschaft Mosigkau eine Genehmigung der Unteren und/oder Oberen Wasserbehörde geben würde. Diese sind ebenfalls beteiligt am Hochwasserschutz der Stadt Dessau-Roßlau.

Frau Bürgermeisterin Lode schlägt vor, dass diese Thematik im morgigen Bauausschuss beraten wird.

Herr Stadtrat George hinterfragt, wie die nächsten Sitzungen zum Haushalt aufgebaut sind und wie diese sich zur heutigen Sitzung unterscheiden.

Herr Beigeordneter Ulbrich erklärt:

- 19.02.2025 Vorstellung des Haushaltes/Haushaltskonsolidierungskonzept
- Beratung in den Fachausschüssen
- 19.03.2025 Antragsrunde
- 26.03.2025 Abstimmungsrunde der Anträge
- 02.04.2025 Vorstellung der finalen Änderungen

Herr Diederling, Fraktion Alternative für Deutschland, fragt, ob die Stadt sich die Durchführung der Bundesgartenschau leisten kann.

Nach einer weiteren Aussprache werden die beiden Beschlussvorlagen zurückgestellt.

5.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2025 und Folgejahre **Vorlage: BV/422/2024/II-20**

Die Wortmeldungen wurden im Tagesordnungspunkt 5.1 protokolliert.

5.3 Durchführung einer Aufgabenkritik zur Verwaltungsmodernisierung und Abbau des Haushaltsdefizits **Vorlage: BV/445/2024/II**

Beschluss:

1. Die Aufgabenstellung (Anlage 2) für ein Gutachten zur Ermittlung von Wirtschaftlichkeitspotentialen im Haushalts- und Stellenplan wird bestätigt.
2. Der Haupt- und Personalausschuss und der Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung werden über Ausschreibung und Beauftragung des Gutachtens und über die Umsetzung der Aufgabenstellung fortlaufend informiert.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss:	06:03:01
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung:	06:02:01

5.4 Grundstücksangelegenheit – Georgenallee 3 (ehemaliges Bahnbetriebswerk) / Nichtausübung gesetzlicher Vorkaufsrechte **Vorlage: BV/025/2025/I-61**

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, bittet um das Rederecht für Herrn Schmidt, Amtsleiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung. Dieser führt in die Beschlussvorlage ein.

Die Stadtverwaltung hat dazu einen Änderungsantrag vorbereitet, welcher der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist:

Der Einbringer der BV/025/2025/1-61 beantragt die Aufnahme eines Beschlusspunktes 2, der wie folgt lautet:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der zuständigen Behörde ein Verfahren nach § 23 Allgemeines Eisenbahngesetz zur Freistellung des Grundstücks vom Bahnbetriebszweck zu beantragen.

Unter Berücksichtigung des Ergebnisses des Freistellungsverfahrens ist dem Stadtrat eine Beschlussvorlage zur Entscheidung über die Annahme des am 14.02.2025 der Stadt unterbreiteten Kaufangebotes unter Berücksichtigung haushaltsrechtlicher Vorgaben vorzulegen.

Folgende Wortmeldungen werden hervorgebracht:

Herr Marahrens, Bündnis 90/Die Grünen, fragt, ob das Freistellungsverfahren eine aufschiebende Wirkung für das Vorkaufsrecht nach Denkmalschutzgesetz hat.

Herr Schmidt verneint dies.

Herr Fricke, Fraktion SPD, fragt, ob die Annahme des Käuferangebotes befristet ist und wenn ja, bis wann. Des Weiteren hinterfragt er, ob ein formloses oder notarielles Angebot vorliegt. Er erklärt, dass es einer notariellen Beurkundung bei einer Veräußerung eines Grundstücks bedarf, ansonsten ist es rechtsunverbindlich.

Herr Amtsleiter Schmidt erwidert, dass es ein formloses Angebot und bis zum 28.02.20230 befristet ist.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft, fragt, warum die Verwaltung das Konzept ablehnt. Es muss nicht in Gänze mit Gastronomie und neuem Eingangsbereich umgesetzt werden, aber zumindest erstmal das, was unbedingt notwendig ist. Er möchte von der Verwaltung wissen, wie diese die Missstände anderweitig beheben werden, die dort im Tierpark existieren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass der Änderungsantrag der Verwaltung formuliert, dass man sich die Option sichert und das mit einer Fortschreibung begleitet.

Das Konzept soll so fortgeschrieben werden, dass es a) die zwingend notwendigen Maßnahmen bzw. die prioritären Maßnahmen erwähnt und b) einem Budgetrahmen unterliegt, der für die Stadt finanziell leistbar und bis 2035 auch zeitlich umsetzbar ist. Dieser Budgetrahmen, der jetzt mit dem Konzept insgesamt in dem Stand 2021 aufgeführt war, war selbst mit einer Kostenfortschreibung bei 30 Millionen Euro. Es ist bekannt, dass die Erweiterung auf das anliegende Grundstück Planungshorizonte erfordert, die nicht zu einer zeitnahen Lösung führen. Daher folgte der Vorschlag der Verwaltung, abgestimmt auch im Haus und mit den Beteiligten, die Option zu sichern, das Konzept einmalig fortschreiben,

Herr Adamek, Fraktion CDU, beantragt nach Ende der Rednerliste eine 15-minütige Pause.

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung erkennt dagegen keinen Einspruch, somit ist der Antrag angenommen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck liest den Beschlusstext aus 2021 vor:

„Das Tierparkkonzept, einschließlich der Machbarkeitsstudie für den Erwerb und die Entwicklung des ehemaligen Bahnbetriebswerkes, wird zur Kenntnis genommen. Als Entwicklungs- und Realisierungsstrategie wird die räumliche Erweiterung des Tierparks um die Flächen des ehemaligen Bahnbetriebswerkes weiterverfolgt.“

Er erklärt, dass jede einzelne Maßnahme mit einem Maßnahmenbeschluss herbeigeführt werden muss. Im Jahr 2021 hat sich die Situation auch in der Stadt haushälterisch anders dargestellt. Die Stadt muss sich heute, im Jahr 2025, fragen,

ob das Herrichten einer Radfahrerunterkunft, für die ein ganzes Objekt dort vorgesehen ist, noch beibehalten werden sollte.

Herr Stittrich, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, fragt, was passiert, wenn dieses Objekt nicht umgewidmet werden kann und ob die Denkmäler dann im städtischen Besitz sind.

Die Sitzung wird für 15 Minuten pausiert und um 19:26 Uhr fortgesetzt.

Herr L. Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung beantragt, dass die Beratung erneut eröffnet wird. **Dagegen gibt es keine Einwände.**

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, stellt einen Änderungsantrag, welcher der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt ist.

„Die BV erhält den Titel: Grundstücksangelegenheit - Georgenallee 3 (ehemaliges Bahnbetriebswerk) /Ausübung gesetzlicher Vorkaufsrechte

Der Beschlusstext wird neu gefasst:

1. Der Stadtrat nimmt die Ausführungen der Verwaltung in der Anlage 1 zur Kenntnis.
2. Die Stadt erwirbt das Eigentum am Grundstücksareal „Ehemaliges Bahnbetriebswerk“ zur Größe von ca. 13.400 m² durch Ausübung des Vorkaufsrechts gemäß § 11 Abs. 1 DSchG LSA.
3. Der Oberbürgermeister hat das Vorkaufsrecht umgehend auszuüben und die Einhaltung der für die Ausübung geltenden Fristen sicherzustellen.“

Frau Beck, Amtsleiterin des Rechtsamtes, erklärt, dass die Entscheidung des Stadtrates Teil eines Verwaltungsverfahrens ist. Wenn die Vertretung sich entscheidet, das Vorkaufsrecht ausüben zu wollen, dann gehört das Anhörungsverfahren von Käufer und Verkäufer des jetzigen Kaufvertrages vorher dazu, das muss in die Entscheidung mit einbezogen werden. Es wird dann normale Anhörungsfristen von mind. zwei Wochen geben, sodass eine weitere Sitzung des Stadtrates durchgeführt werden muss, in der die Vertretung sich dann entscheiden muss, das Vorkaufsrecht auszuüben oder nicht.

Herr Stadtrat Marahrens fragt, welche rechtlich bindende Wirkung der notarielle Vertrag hat. Außerdem möchte er wissen, was passiert, wenn der aktuelle Käufer oder Mitbewerber diesen notariellen Vertrag nicht eingehen will.

Frau Beck erklärt, dass man bei einem notariellen Kaufangebot gebunden ist, weil ein notarielles Angebot nur in der gleichen Art und Weise zurückgezogen werden kann. Man kann dann eine Auflassungsvormerkung eintragen lassen.

Auflassungsvormerkung bedeutet, dass der zukünftige Eigentümer das Recht hat, dieses Grundstück zu erwerben. Das ist ein zusätzliches Sicherungsrecht.

Herr Schmidt stellt klar, dass in der Sitzung am 26. Februar keine Entscheidung getroffen wird, es auszuüben oder nicht auszuüben, sondern allenfalls es ausüben zu wollen und die Vertretung gibt der Stadt damit den Auftrag, das Anhörungsverfahren durchzuführen.

Frau Müller, Fraktion CDU, verlässt die Sitzung. **Herr Stadtrat Adamek, Fraktion CDU**, übernimmt in Vertretung die Abstimmung für den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung.

Nach einem weiteren Austausch der Stadträte stellt **Herr L. Nothdurft, Ausschussvorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung** den Änderungsantrag der Fraktion Freies-Bürger-Forum zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss:	06:04:00
Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung:	06:03:00

Der Änderungsantrag der Fraktion Freies-Bürger-Forum ist angenommen.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, informiert, dass er bzgl. der Stadtratssitzung im Dezember eine kommunalaufsichtliche Beschwerde beim Landesverwaltungsamt gestellt hat. Diese haben ihm mitgeteilt, dass sie den Sachverhalt prüfen und von der Stadtverwaltung Stellungnahmen angefordert haben. Er fragt den Oberbürgermeister, ob die Anfrage des Landesverwaltungsamtes bei ihm eingegangen ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bittet **Frau Beck**, Amtsleiterin des Rechtsamtes, dazu Stellung zu nehmen. Sie erklärt, dass die Unterlagen vom Landesverwaltungsamt abgefordert wurden.

Herr Stadtrat H. Weber stellt einen Antrag auf Akteneinsicht der DWG und des SKD im Beteiligungsmanagement.

Er erinnert weiterhin an einen Antrag aus dem Ortschaftsrat Kleinkühnau: Seit 3 Jahren ist der Antrag gestellt, dass ein Mitglied des Ortschaftsrates in Kleinkühnau, der selbst Sozialhilfeempfänger ist, einen brauchbaren Computer und Drucker zur Verfügung gestellt bekommt, damit er ordentlich mitarbeiten kann. Er bittet Herrn Beigeordneten Ulbrich dies noch einmal zu prüfen.

Herr George, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellt zwei Fragen:

In der letzten Woche wurde ein Artikel für das Amtsblatt vor Veröffentlichung, thematisch dem zuständigen Amtsleiter vorgelegt worden.

1. Auf welcher verwaltungsinternen Grundlage basiert diese Praxis? Welche Kriterien werden bei der Prüfung der Artikel durch den Amtsleiter angelegt?
2. Warum ist die Stelle des Kinder- und Jugendbeauftragten mit einer Entgeltgruppe E9C ausgeschrieben?

Er hat dagegen interveniert und bat darum, dass nochmal zu überdenken. In Magdeburg und Halle ist diese Stelle mit einer S17 - und das ist vergleichbar mit einer E11 - ausgeschrieben.

Frau Kuhnt, Leiterin des Referates des Oberbürgermeisters, erklärt, dass es keine Richtlinie gibt, die vorsieht, dass die Stadt die Beiträge an die Amtsleiter weiterschickt. Wenn ihr allerdings auffällt, dass ein Passus darin die Arbeit der Verwaltung berührt und ihr nicht ganz korrekt erscheint, behält sie es sich vor, diesen Passus dann auch zur Frage beim Amtsleiter zu stellen.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, informiert, dass Herr Stadtrat George in mehreren Ausschüssen das Begehren geäußert hat, die Stelle des Kinder- und Jugendbeauftragten schnellstmöglich nachzubesetzen. Grundlage für die Stellenbewertung ist natürlich die Tätigkeitsbeschreibung der Aufgaben, die dort vorgenommen werden. Letztlich fließen auch die Ausbildungsvoraussetzungen mit ein. Die Stelle war in dem Stellenplan 2024 mit einer 9c bewertet. Die Stadt befindet sich in der satzungslosen Zeit, dadurch gilt der Stellenplan des Vorjahres. Wenn nun eine komplett andere Bewertung vorgenommen werden würde, dann hätte die Stelle jetzt nicht ausgeschrieben werden können bzw. ohne Haushaltssatzung auch nicht besetzen können. Er sichert Herrn Stadtrat George eine schriftliche Antwort zu.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, erklärt, dass es diese Stelle in der Vergangenheit nur als Ehrenamt gab und deshalb haben die Kollegen vorgeschlagen, dass man erstmal prüft, mit welchen Aufgaben diese Stelle tatsächlich gefüllt wird. Diese Stelle konnte aber von einer Teilzeitstelle auf eine Vollzeitstelle umgewandelt werden.

Herr Stadtrat George erklärt, dass er die Diskussion im Jugendhilfeausschuss noch einmal aufnehmen wird.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft, stellt ebenfalls den Antrag auf Akteneinsicht bzgl. des Klinikums im Beteiligungsmanagement.

Herr Diederling, Fraktion Alternative für Deutschland, erinnert an die Anfrage aus dem Ortschaftsrat Kochstedt: „Ist es möglich, den Mitgliedern des Ortschaftsrates

Email-Accounts einzurichten?“ Diese nutzen aktuell nach wie vor die privaten Mail-Accounts für die Sitzungsunterlagen.“

Herr Stadtrat J. U. Weber stellt die Frage, wie hoch die Aufwendungen für die BUGA-Informationsstände, die die Stadt betrieben hat, also personell- und werbekostentechnisch, waren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erwidert, dass die Kosten sich auf ca. 1 € pro Einwohner belaufen.

Nach diesem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

8 Schließung der gemeinsamen Sitzung

Herr Nothdurft, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die gemeinsame Sitzung um 20:20 Uhr.

9 Weiterführung der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses

10 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses weiterhin mit 10 anwesenden Ausschussmitgliedern gegeben ist.

11 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 05.02.2025 bekannt:

Unternehmensangelegenheiten: Abrechnung der Zielvereinbarung 2023 mit dem Geschäftsführer der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH

Unternehmensangelegenheiten: Abrechnung der Zielvereinbarung 2025 mit dem Geschäftsführer der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH

Eintragung in das Ehrenbuch der Stadt Dessau-Roßlau.

12 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Der Ausschussvorsitzende, Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, erklärt, dass er keine Eilentscheidungen getroffen hat.

Nach diesem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

17 Beschlussfassungen

17.1 Bestimmung von Stellvertretern der Mitglieder für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Dessau Vorlage: BV/044/2025/I-07

Der Ausschussvorsitzende, Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, erklärt, dass der Verwaltungsrat in seiner grundständigen Zusammensetzung unverändert bleibt. Allerdings hat die Stadtverwaltung den Hinweis erhalten, dass die Stellvertreter der Mitglieder für den Verwaltungsrat nach Auffassung der Aufsichtsbehörde und mit Unterstützung des Ostdeutschen Sparkassenverbandes, noch mal zu fassen wären, in Form eines Losverfahrens zwischen der CDU und der AfD.

Frau Beck, Amtsleiterin des Rechtsamtes, führt dazu aus, dass die Kommunalaufsicht die Stadt informiert hat, dass es Beschwerden von verschiedenen Stadträten zur Besetzung des Verwaltungsrates der Sparkasse bzgl. der Stellvertreter gab. Zur Sitzung am 11.12.2024 gab es Wortbeiträge von Frau Stadträtin Marx und Herrn Stadtrat Zoogbaum, dass sie aus der Fraktion der AfD ausgetreten sind. Das wurde von der Kommunalaufsicht weitergeleitet an die Sparkassenaufsicht und diese haben dann mitgeteilt, dass der Tagesordnungspunkt aufgerufen wurde, als das Kräfteverhältnis verändert war. Es war so, dass Frau Stadträtin Marx vor Aufrufen des Tagesordnungspunktes dieser Blockabstimmung nochmal zur Besetzung des Verwaltungsrates ihren Austritt aus der AfD-Fraktion verkündet hat. Nach der Geschäftsordnung hat die Fraktion unverzüglich mitzuteilen, wenn es Veränderungen der Fraktion in der Stärke gibt. Diese Mitteilung bekam die Stadt erst auf Nachfrage von der Fraktion der AfD am 31.01.2025. Das Schreiben der AfD-Fraktion, unterschrieben von Herrn Stadtrat Ratzmann vom 31.01.2025, beinhaltete als Text: „... hiermit bestätige ich den Wortbeitrag von Frau Marx in der Stadtratssitzung am 11.12.2024“

Frau Beck ist der Auffassung, dass „bestätigen“ hier einer Genehmigung bzw. nachträglicher Zustimmung gleichzusetzen ist. Tatsächlich war es so, dass sowohl Frau Stadträtin Marx als auch Herr Stadtrat Zoogbaum um 16:01 Uhr und um 16:07

Uhr eine E-Mail an den Stadtratsvorsitzenden geschrieben haben. Da um 16:00 Uhr die Sitzung angefangen hat, hat der Stadtratsvorsitzende diese nicht gelesen und kam deshalb vermutlich zu der Aussage, dass es nicht schriftlich vorliegt. Im Ergebnis war der Austritt, als der betreffende TOP aufgerufen wurde, bekannt, was zu einer Veränderung des Stärkeverhältnisses führte. Der Stadt wurde empfohlen, die Besetzung des Verwaltungsrates bezüglich der Stellvertreter zu wiederholen. Dies wird in der Sitzung des Stadtrates am 26.02.2025 erfolgen.

Herr Ratzmann, Fraktion Alternative für Deutschland, erklärt, dass der Fraktion kein schriftlicher Austritt vorgelegen hat. Dieser ist bis heute nicht bei der Fraktion eingegangen, sowie die Austrittserklärung gegenüber den Stadtratsvorsitzenden, deshalb konnte er lediglich die Aussage zur Stadtratssitzung bestätigen. Zur Stadtratssitzung wurde von Herrn Stadtratsvorsitzenden Rumpf darauf hingewiesen, dass es zwar eine mündliche Bekundung ist, aber dass dem natürlich ein Schriftsatz folgen muss.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft, teilt mit, dass seiner Fraktion von Frau Marx eine schriftliche Erklärung vorliegt, dass der Austritt bereits am 11.10.2024 erfolgt sein soll.

Herr George, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ergänzt, dass es bei der Besetzung im Jugendhilfeausschuss bleibt, da es im Stadtrat gewählt wurde, auch die für die Stellvertretung bleibt alles beim Gleichen. Er zitiert den § 4 Abs. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt - Die Vertretung wählt zu Beginn jeder Wahlperiode für deren Dauer.

Herr L. Nothdurft, Fraktion Alternative für Deutschland, hinterfragt, ob die ursprüngliche Beschlussfassung vom 16. Oktober 2024 wirksam geblieben ist. Der Rechtsstandpunkt, da bittet er um Bestätigung durch Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, den die Stadtverwaltung vertreten hat, war der, dass diese Beschlüsse, die gefasst worden sind, wirksam sind.

Frau Beck erklärt, dass in Übereinstimmung mit der Rechtsverfassung der Kommunalaufsicht festgestellt wurde, dass diese Beschlüsse rechtswidrig sind, aber nicht nichtig sind. Ziel der wiederholten Beschlussfassung am 11.12.2024 war es, rechtmäßige Beschlüsse herzustellen.

Herr Stadtrat L. Nothdurft bittet erneut um eine deutliche Aussage auf die Frage: „Können Sie bestätigen, dass die Beschlüsse vom 16.10.2024 wirksam waren?“

Frau Beck erwidert, dass die Beschlüsse rechtswidrig gewesen sind, wegen des Bekanntmachungsfehlers.

Herr Stadtrat L. Nothdurft hinterfragt noch einmal, ob es richtig ist, dass die Beschlüsse im Dezember dem Inhalt nach durch einen Beschluss Im Block bestätigt wurden.

Frau Beck erwidert, dass eine Blockabstimmung stattgefunden hat und in dieser Blockabstimmung waren zum einen die Beschlüsse des öffentlichen Teils und zum anderen des nichtöffentlichen Teils.

Herr Stadtrat L. Nothdurft regt an, dass die Stadtverwaltung und Herr Oberbürgermeister Dr. Reck hier noch einmal in die Prüfung einsteigen und rechtlich qualifiziert beurteilen lassen, ob es hier nicht angeraten ist, die vorbereitete Beschlussvorlage zurückzuziehen.

Die Beschlussvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

18 Öffentliche Anfragen und Informationen

Es liegen keine öffentlichen Anfragen und Informationen vor.

19 Schließung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck schließt die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses um 21:16 Uhr.

Dessau-Roßlau, 19.03.25

Dr. Robert Reck
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer